

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 48 (1969)
Heft: 1

Artikel: Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich unterwegs
Autor: Lienhard, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338083>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dr. Richard Lienhard

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich unterwegs

«Geistreiche Einfälle, flotte Augenblicksentscheidungen, biegsame Taktik und tagespolitischer Opportunismus, zündende Rhetorik sind, wie die jüngste Vergangenheit beweist, nicht ausreichend, einen Dauererfolg zu verbürgen, vielmehr sind feste Haltung und zukunftsichere Strategie eisernes Gebot.»

Dr. Ernst Koref in «Neues Forum» (Heft 154).

Die Worte von Ernst Koref, des grossen alten Mannes der SPÖ, bedürfen eines kurzen Kommentars. Sie stammen aus einer Rede, die der ehemalige Bürgermeister von Linz als Präsident der «Gesellschaft für politische Studien» in einer Zeit gehalten hat, da sich die Sozialistische Partei Österreichs nach der Wahlniederlage vom 6. März 1966 in eine tiefe Krise gestürzt sah. Mit dieser Rede bereitete Koref der Führungsgarnitur seiner Partei ein hartes Scherbengericht. Damit trug er aber dazu bei, dass Schock und Stagnation bald überwunden wurden. Eine in aller Öffentlichkeit beinhart ausgetragene Diskussion trug wesentlich zur Wende bei. Eine heilvolle Regenerationskraft führte die Partei aus der Talsohle heraus und schon bald stellten sich wieder die ersten Wahlsiege ein.

Doch nicht von der jüngsten Geschichte der SPÖ soll im nachfolgenden die Rede sein, sondern von derjenigen der SP des Kantons Zürich. Es lässt sich zwar fragen, ob es richtig sei, dass in einer Zeitschrift der SPS die Entwicklungen innerhalb einer Kantonalpartei näher beleuchtet werden sollen. In Übereinstimmung mit zahlreichen Parteifreunden ausserhalb meines Heimatkantons möchte ich diese Frage unbedingt bejahen. Es kann und darf die SPS nicht gleichgültig lassen, welches die Gründe sind, die eine Kantonalpartei in eine schwere Krise zu stürzen vermochten. Es gilt, aus Niederlagen die notwendigen Lehren zu ziehen. Die jüngste Entwicklung der zürcherischen Kantonalpartei ist aber auch deshalb von allgemeinem Interesse, weil sie – wie die Parteitage von Uster und Horgen zeigten – eine erstaunliche *Regenerationskraft* bewies.

Natürlich erhebe ich mit der nachfolgenden Betrachtung keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Was die Subjektivität dieses Artikels betrifft, so versteht sie sich von selbst. Es erübrigt sich, sie noch besonders zu betonen oder gar zu entschuldigen.

Das «Godesberger Programm» der zürcherischen Kantonalpartei

Die «National-Zeitung» (Nr. 581 vom 15. Dezember 1968) überschreibt ihren Kommentar zum Parteitag von Horgen maliziös mit «Abschied vom Godesberger Programm». Angespielt wird damit auf das Referat, das Nationalrat Ueli *Götsch* unter dem Titel «Die Sozialdemokratie in der pluralistischen Gesellschaft» am Parteitag 1966 in Schlieren auszugsweise gehalten hat. Nun war dieses Referat nicht ein eigentliches Programm. Insofern hinkt der Vergleich mit dem Godesberger Programm. Da aber im besagten «Grundsatzreferat» die Zusammenarbeit mit andern Parteien links der Mitte (gemeint war offensichtlich der Landesring) gefordert wurde und dieses Ziel nicht ohne Verdünnung sozialistischer Grundsätze erreichbar gewesen wäre, hat sich das Stichwort vom «Godesberger Programm» herausgebildet.

Mit dem besagten Grundsatzreferat stiess die Geschäftsleitung im Parteivolk auf starken Widerstand. Diese Opposition mag zunächst etwas überraschen; denn an sich gibt es nichts Lobenswerteres als den Versuch, die theoretisch-grundsätzliche und praktisch-politische Position des demokratischen Sozialismus immer wieder zu überdenken. Eine solche Bestandsaufnahme ist aber eine delikate Aufgabe, die längere Zeit beansprucht und die Kräfte eines Einzelnen überfordert. Es genügt eben nicht, dass man zum Beispiel die Forderung erhebt, unsere Politik müsse eine Politik von «heute und morgen» sein, es gelte, «überholte Formeln» und «Sprüche von gestern» über Bord zu werfen. Wo angeblich Überholtes über Bord geworfen werden soll, muss konkret gesagt werden, was an dessen Stelle zu treten hat. Die Lehre im Einklang mit der sich dauernd verändernden Wirklichkeit weiter zu entwickeln, ist Aufgabe der sozialistischen Gesellschaftswissenschaft. Nichts wäre naheliegender, als dass diese Aufgabe etwa im Rahmen der schon längst von der kantonalen Geschäftsleitung propagierten, aber noch immer nicht verwirklichten «Steck-Gesellschaft» von einer sachkundigen Studiengruppe übernommen würde. Das Ergebnis einer solchen Studie müsste dann von den verschiedenen Parteigremien und schliesslich in den Sektionen gründlich diskutiert werden.

Auf diese rationelle Weise würden die Geschäftsleitung und vor allem der vollamtliche Sekretär entlastet. Sie können sich dann um so mehr ihrer eigentlichen Aufgabe zuwenden, die darin besteht, das Gleichgewicht zwischen Konzept und Aktion herzustellen.

Wenn Redaktor T. *Biedermann* im «Volksrecht» vom 3. Januar 1969 fordert, dass die Partei den Weg der permanenten Erneuerung zu beschrei-

ten habe, so ist das grundsätzlich richtig. Die Sozialdemokratie ist ein lebendiger Prozess, den Reformen vorwärtsbewegen müssen; aber die Reform kann nicht darin bestehen, dass man sozialistische Grundsätze verwässert. Der Reformers muss vielmehr tiefer schürfen, wenn ihm an einer wirklichen Reform gelegen ist. Dabei zeigt sich, dass manches, was auf den ersten Blick als überholt erscheint, im Grunde noch sehr aktuell ist und dass manches, was heute als Ausdruck eines modernen politischen Stils angepriesen wird, beim nähern Zusehen oft eine blosser Leerformel darstellt.

Indem Geschäftsleitung und Parteivorstand das besagte Grundsatzreferat als Morgengabe an die Partei verstanden, setzten sie sich damit zwischen Stuhl und Bank. Als Grundlage für die Neuorientierung unserer Partei war das Referat zu wenig gründlich. Zu sehr haftete an ihm der Stempel des Subjektiven und Provisorischen, und allzusehr war es auf den Schlitz der nächsten Regierungsratswahl-Urnen gezielt. Auf der andern Seite war es aber wieder zu anspruchsvoll und zu wenig selbstverständlich, um dem Praktiker als Orientierungshilfe zu dienen. So gut diese Arbeit gemeint war, sie brachte in die Reihen des Parteivolkes vor allem eine ideologische Unsicherheit, die eine krisenhafte Situation heraufbeschwören musste. Es zeigt sich immer wieder, dass eine Diskussion, die nur im Zeichen wahl-taktischer Überlegungen steht, keine echte Diskussion mehr ist und in der Regel mehr schadet als nützt. Kein Wort gegen die Taktik, auf die auch eine Gesinnungspartei nicht verzichten kann; aber die Taktik braucht deshalb nicht Gegenstand einer Standortsbestimmung zu sein. Zuerst kommt die geistige Neuorientierung und erst nachher der Wahlerfolg. Wer zuerst den Wahlerfolg anstrebt, kann sich nicht wundern, wenn solche Politik als unglaubwürdig erscheint.

Die SP: ein besserer Landesring?

Am meisten geschadet aber hat der zürcherischen Kantonalpartei der Versuch, sie zu einer Zusammenarbeit mit Parteien links der Mitte zu bewegen. Gemeint war damit nicht nur eine Zusammenarbeit, wie sie schon längst bestand und wie sie auch das Horgener Aktionsprogramm versteht, nämlich eine Zusammenarbeit von «Fall zu Fall». Propagiert wurde eine *engere* Zusammenarbeit im Sinne einer eigentlichen Aktionsgemeinschaft und Partnerschaft.

Da die Partei per definitionem als Teil eines Ganzen nie Selbstzweck sein darf, brauchte eine solch engere Zusammenarbeit noch keine Sünde wider den Parteigeist zu bedeuten. Nur müssten die Voraussetzungen dafür gegeben sein. In einer Demokratie kann man sich den Partner nicht selbst basteln. Gewiss zeichnet sich zum Beispiel bei christlich-sozialen Parteien eine deutliche Entwicklung nach links ab. Das konservative Element ist aber hier noch so stark vertreten, dass aus diesem Grunde eine engere Zusammenarbeit nicht in Erwägung zu ziehen ist. Eine Partnerschaft will

gründlich vorbereitet sein. Zu diesem Zwecke muss zunächst der Dialog einsetzen. Dabei wird sich herausstellen, wo die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit liegen, was die beiden Parteien verbindet und was sie trennt. Um solche geistige Vorarbeit kann sich eine Gesinnungspartei nicht drücken. Eine allein auf taktischen Überlegungen fussende Zusammenarbeit wäre rasch zum Scheitern verurteilt, und zwar zum Schaden jener Partei, welche mehr sein will als ein «blosser Interessehaufen» (um mit Prof. Carlo Schmid zu sprechen*).

Auch ohne Partner besteht für die SP kein Grund zum Kleinmut. Im Gegenteil: ohne Rücksichtnahme auf einen Partner kann unsere Partei ihre für den Fortschritt der Demokratie unentbehrliche Aufgabe grundsätzlich erfüllen. Zu diesem Zweck braucht sich unsere Partei nicht bei Meinungsforschern und Reklamechefs nach den Wünschen einer indifferenten Masse zu erkundigen. Die Meinungsforscher können ja auch nur feststellen, was sich in den vorherrschenden – lies bürgerlichen – Leitbildern spiegelt. Wie einmal der profilierte und leider allzu früh verstorbene SPÖ-Publizist Hermann Mörth** richtig ausgeführt hat, wird gerne die Wirkung von Ruf und Echo verwechselt: die *Rufe* müssen aus den politischen Zentren und das *Echo* aus den Massen kommen.

Damit ist aber auch schon die Grenze einer Zusammenarbeit mit dem Landesring aufgezeigt. Nun sollte dem letzten klar werden, weshalb die SP als Gesinnungspartei mehr sein will als ein besserer Landesring. Gerade auf der politischen Ebene hat heute zu gelten, was Goethe einst so treffend und überzeitlich notiert hatte:

«Denn der Mensch, der zu schwankender Zeit
auch schwankend gesinnt ist,
Der vermehret das Übel und breitet es weiter und weiter.
Aber wer fest auf dem Sinne beharrt,
der bildet die Welt sich.»

Nun bleibt nur noch, an die Stelle des Wortes «Mensch» das Wort «Partei» zu setzen. Und in der Tat: die feste Haltung, von der Ernst Koref spricht, ist für eine Gesinnungspartei alles.

Die Früchte innerparteilicher Opposition

Es ist erstaunlich, wie rasch sich die SP des Kantons Zürich von ihrer Krise erholt hat. Dies zeigte sich bereits am Parteitag in Uster. Die vielseitige herbe, aber auf hohem Niveau sich bewegende Kritik an der Parteileitung wirkte wie ein reinigendes Gewitter. Das ganze Parteiklima war

* vgl. Carlo Schmid: «Politik und Geist» (Ernst Klett Verlag Stuttgart)

** «Perspektiven des demokratischen Sozialismus» (Europa-Verlag 1966)

geändert. Eine Parteikommission wurde beauftragt, eine Standortbestimmung und ein Aktionsprogramm auszuarbeiten. Dieses Programm konnte bereits den Delegierten des Parteitages in Horgen vom 23. November 1968 vorgelegt werden.

Man darf die Kommission zu ihrer Arbeit beglückwünschen. Freilich wird sich erst bei der Verwirklichung dieses Programms zeigen, ob der erhoffte wirklich grosse Durchbruch gelingt. Jedenfalls sind die Voraussetzungen, wie sie an eine Standortbestimmung und an ein Aktionsprogramm gestellt werden, erfüllt. Am Anfang findet man einen Hinweis auf das *Leitbild* der Partei. Darauf wird kurz ausgeführt, welche Rolle der SP in der neuen Gesellschaft zukommt. Schliesslich folgt ein Überblick über die *Aktionen*, wie sie zusammen mit der SPS oder mit der Kantonsratsfraktion, eventuell mittels der Volksinitiative in Angriff genommen werden sollten. Das *interne* Aktionsprogramm befasst sich mit folgenden Punkten: Arbeitsweise der Geschäftsleitung, Ausbau des Parteisekretariats, Schulung, Information, Werbung und Presse.

Ich möchte hier eine Forderung herausgreifen, die für die sozialdemokratischen Parteien ausserhalb des Kantons Zürich von besonderem Interesse sein dürfte: ich meine das Postulat, es sei die Arbeit der «Albert-Steck-Gesellschaft» so rasch wie möglich auf kantonaler Ebene aufzunehmen.

Die Vielschichtigkeit der Probleme, wie sie die moderne Industriegesellschaft stellt, bedingt immer mehr, dass die Sozialdemokratische Partei auf das sachliche Wissen von Fachleuten und Wissenschaftern angewiesen ist. Deshalb sind Studiengruppen zu bilden, bestehend aus Wissenschaftern, Fachleuten aus Verwaltung, Industrie, Gewerkschaft und Partei. Solche Gruppen, die nicht mehr als acht bis zehn Mitarbeiter aufweisen sollten, müssten Fragestellungen beantworten und die Ergebnisse innert einer bestimmten Frist an die Geschäftsleitung und an den Parteivorstand weiterleiten. Die Studiengruppen hätten also Material für die praktische Tätigkeit der Partei (man denke vor allem an das Parlament) auszuarbeiten. Dass die Ergebnisse vorerst noch in den Parteigremien unter dem politischen Gesichtspunkt zu prüfen wären, versteht sich von selbst. Es ist das Verdienst von Ueli *Götsch*, dass er bereits am Schlierener Parteitag die Gründung der Steck-Gesellschaft zum Gegenstand eines Programmpunktes gemacht hatte. Bedauerlich aber ist, dass diese Institution nicht mehr gefördert wurde. Nationalrat Max *Arnold* bemerkte einmal etwas boshaft, die Steck-Gesellschaft sei «stecken» geblieben, vielleicht weil dort einige «Steckköpfe» wirkten. Lediglich auf dem Gebiete des Schulwesens fand sich eine Studiengruppe zusammen. Sie hat bereits fruchtbare Arbeit mit wertvollen Ergebnissen geliefert. Das übrige weite Feld blieb unbestellt. Dabei warten genug wertvolle und jugendliche Kräfte, bis sie endlich zur Mitarbeit aufgerufen werden; aber die Möglichkeiten dazu dürfen nicht einfach auf dem Papier stehen bleiben.

Das Bedürfnis nach Reform machte auch nicht vor der Parteispitze halt. Nur noch vier «Bisherige» verblieben in der GL. Die Wahl von Hans *Storrer* zum Parteipräsidenten darf als glücklich bezeichnet werden. Ich habe ihn bereits als Sektionspräsidenten kennen und schätzen gelernt. Er ist ein Mann, der vor allem viel Sinn für den Ausgleich mitbringt. Dies ist wichtig für eine Partei, welche – nach der Erklärung der Sozialistischen Internationale vom 3. Juli 1951 – keine starre Gleichförmigkeit der Auffassung verlangt. Wesentlich ist aber, dass die verschiedenen Auffassungen im Blick auf das grosse Zielbild des freiheitlichen Sozialismus zur Synthese gebracht werden können. Hier wird offenbar, ob sich einer als Parteipräsident bewährt. Darum sehe ich zum Beispiel in Fritz *Grütter* einen ausgezeichneten Parteivorsitzenden.

In die engere Geschäftsleitung wurde sodann gewählt: Dr. Fritz *Heeb*, eine geistige Potenz und gar kein Freund des Godesberger Programms. Auf den dritten Sitz der engeren Führungsgarnitur gelangte nach einigem Seilziehen Dr. Keller. Er stammt aus dem Raum Winterthur und besitzt – nach dem jüngsten Wahlkampf um einen Stadtratssitz – wertvolle Erfahrungen im Umgang mit dem Landesring . . .

Radikale Demokratie, was heisst das?

Das Horgener Aktionsprogramm ist unter dem Stichwort «radikale Demokratie» in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Bereits wurde in der gegnerischen Presse dieses Wort als Schlagwort gewertet. Es gibt Schlagworte, die hundert Jahre überdauert haben und wegen ihres Ausgewertes immer noch neu wirken. Im Gegensatz zum Pseudoradikalismus – wie er häufig bei der sogenannten «Neuen Linken» anzutreffen ist – verstehe ich unter «radikal» ein Konzept, das versucht, immer wieder *an die Wurzel der Übel* zu gehen. Und an die Wurzel des Übels geht z. B., was in der Standortbestimmung von Horgen über die «Selbstbestimmung des Menschen» gesagt wird. Das Übel besteht darin, dass die anonymen und unkontrollierten Kräfte, die von der modernen Wirtschaft ausgehen, im Begriffe stehen, sich den Menschen untertan zu machen. Es gilt deshalb, den einzelnen vor ökonomischer und gesellschaftlicher Macht zu schützen, indem diese demokratischen Massstäben und demokratischer Kontrolle unterworfen wird. So wird das Programm der radikalen Demokratie wie folgt umschrieben:

Der Tendenz der Unterordnung der Gesellschaft unter die Bedürfnisse und Gesetze der Wirtschaft und der Technologie stellt die Sozialdemokratie die Politik der radikalen Demokratie gegenüber. Ihr Ziel ist es, die Bedrohung der Freiheit und der Würde des Menschen durch die von ihm geschaffenen wirtschaftlich-technischen Strukturen zu bekämpfen und zu überwinden. Der Weg dazu ist die demokratische Durchdringung nicht nur des Staates, sondern der ganzen Gesellschaft, insbesondere aber der Wirtschaft und des Bildungswesens.